

Menschliche angesehen werden kann. Als Christen müssen wir daher nicht nur um unserer eigenen Überzeugung, sondern um der ganzen Gesellschaft willen alles tun, daß Politik Politik für das Leben ist, Politik, die sich an der Würde des Menschen orientiert.

Politik für das Leben wählen

Politik für das Leben fordert von uns allen politische Mitwirkung. Ohne das wache bewußte politische Engagement der Bürger verfällt die Demokratie. Der Christ weiß, daß ihm das Zeugnis in der Welt auch die Mitverantwortung in Gesellschaft und Staat abverlangt. Wahlentscheidungen haben dabei einen hohen Rang. Dies gilt

auch für die bevorstehende Bundestagswahl. Wahlrecht ist Wahlpflicht.

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken ruft alle Bürger, Politiker und Parteien dazu auf, sich für die Erfordernisse einer Politik für das Leben entschieden einzusetzen. Wer in der politischen Auseinandersetzung um Zustimmung zu einer Politik für das Leben wirbt, der darf keinen unversöhnlichen Streit entfachen. Er muß sachlich und fair argumentieren statt zu polemisieren. Er muß das verbindend Menschliche suchen und ihm politisch Ausdruck verleihen.

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken bittet alle Wählerinnen und Wähler ihre Wahlentscheidung am 25. Januar 1987 so zu treffen, daß eine Politik für das Leben Zukunft hat.

Land der Hoffnungen und Spannungen

Die Philippinen nach Marcos

Seit Anfang des Jahres 1986 haben die Philippinen in einem bisher noch nicht erlebten Maß im Mittelpunkt der internationalen Öffentlichkeit gestanden. Die Ereignisse um die vorgezogenen nationalen Wahlen, die in der „Februar-Revolution“ mit dem Sturz von Ferdinand Marcos und der Übernahme der Präsidentschaft durch Corazón Aquino ihren Höhepunkt fanden, haben dem philippinischen Volk weltweit Sympathie und Achtung eingebracht. Der im wesentlichen gewaltfreie und unblutige Machtwechsel nach langjähriger Tyrannei und Unterdrückung versetzte nicht nur die beteiligten Filipinos in Begeisterung und Freude, wie sie sonst nur auf Fiestas zu finden sind, sondern weckte auch in anderen Ländern Erwartungen und Hoffnungen. Auf den Philippinen ist der Explosion von Freude über den Sturz des Diktators und den damit verbundenen vielfach unrealistischen Erwartungen inzwischen die Ernüchterung gefolgt. Die Arbeit der neuen Regierung, die angesichts der bestehenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Schwierigkeiten schon schwer genug ist, wurde noch erschwert durch innere Uneinigkeit im Kabinett und durch angebliche oder wirkliche Putschversuche seitens alter Marcos-Anhänger oder des Militärs um Juan Ponce Enrile. Allenthalben dämmerte die Erkenntnis, daß mit dem Wechsel an der Spitze der Regierung, der Erneuerung der staatlichen und gesetzlichen Ordnung und der Ausarbeitung einer neuen Verfassung nur der Anfang einer politischen Reform gemacht wurde, der eine gesellschaftliche und strukturelle Veränderung weitreichenden Maßes folgen muß, wenn eine innere Befriedung und Stabilität des Landes erreicht werden soll. Unser Mitarbeiter Georg Evers, der sich im Herbst 1986 längere Zeit auf den Philippinen aufhielt, zieht hier ein Fazit des Umbruchs und der seit dem Sturz Marcos' sich abzeichnenden Entwicklung.

(1986), sind die Philippinen mit der Bundesrepublik von der Größenordnung her durchaus vergleichbar. Bei einem Vergleich der wirtschaftlichen Leistungskraft, der gesellschaftlichen Ordnung, der Infrastruktur in bezug auf das Verkehrs- und Kommunikationssystem und der politischen Stabilität wird schnell deutlich, daß die Philippinen ein Land der „Dritten Welt“ sind mit all den Schwächen und Merkmalen, die dieser Begriff beinhaltet. Wie viele Länder der Dritten Welt waren die Philippinen über mehrere Jahrhunderte hinweg in kolonialer Abhängigkeit. Zunächst waren die Spanier ab Mitte des 16. Jahrhunderts Kolonialmacht, bis sie zu Beginn des 20. Jahrhunderts von den USA abgelöst wurden. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs erhielten die Philippinen zwar ihre politische Unabhängigkeit, blieben aber in wirtschaftlicher, militärischer und politischer Hinsicht weiterhin sehr stark von den USA abhängig. Ausdruck dieser starken Einflußnahme und der andauernden Präsenz im Lande sind die *militärischen Stützpunkte* der amerikanischen Marine und Luftwaffe auf den Philippinen. In der geopolitischen Situation des Pazifik spielen die Philippinen im Kalkül der amerikanischen Weltmacht eine in vieler Hinsicht entscheidende Rolle.

Die Lage unter Marcos

Das vitale Interesse der USA an einer für sie günstigen und berechenbaren Politik hat nicht zuletzt den Ausschlag gegeben, daß die USA über Jahre hinweg die Diktatur eines Ferdinand Marcos unterstützten. Bei allen Verstößen gegen demokratische Spielregeln und gegen die Menschenrechte bot Marcos für die USA die Gewähr, daß ihre Einflußsphäre gewahrt blieb und keine linksgerichtete Gruppierung entscheidenden Einfluß gewinnen konnte. Marcos seinerseits sorgte dafür, daß sich

Mit 300 000 qkm Bodenfläche, bestehend aus mehr als 7000 Inseln und einer Bevölkerung von 55 Millionen

keine gemäßigte politische Gruppierung so stark profiliert konnte, um eine echte Alternative zu seinem Regime zu bilden.

Von den klimatischen Verhältnissen und dem Vorhandensein von Rohstoffen her gesehen, sind die Philippinen, wie viele Länder der Dritten Welt, eher reich als arm. Mit einem Beschäftigungsanteil von mehr als der Hälfte der Bevölkerung in der Landwirtschaft sind die Philippinen immer noch ein *Agrarland*, wenn auch der Ausbau der Industrie in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht hat, so daß ihr Anteil am Bruttosozialprodukt weit über dem der Landwirtschaft liegt. Ausländische Großfirmen aus den USA, Japan und Westeuropa haben sich eine dominierende Stellung in der Ausbeutung der Rohstoffe des Landes gesichert. Die *Holzgewinnung* in den tropischen Regenwäldern auf Mindanao und anderen Inseln verursacht große ökologische Schäden, während der Gewinn sich auf wenige philippinische Konzessionäre und ausländische Firmen verteilt. Für die in diesen Regionen ansässige Stammesbevölkerung bedeutet diese wirtschaftliche Ausbeutung ihrer Heimatgebiete die Vernichtung ihrer wirtschaftlichen Existenz und die Zerstörung ihres Lebensraumes und, damit verbunden, ihrer Gesellschaftsordnung. Durch Konzessionen an japanische Fischfangunternehmen, die mit ihren modernen Fischfangflotten bis in Küstennähe die Fischgründe mit Schleppnetzen abfischen dürfen, haben viele philippinische Fischer ihre Existenzgrundlage verloren. Die Verlagerung von industriellen Produktionsstätten von Japan und den USA in die Philippinen bedeutet in den seltensten Fällen echten wirtschaftlichen Aufschwung.

In den letzten Jahren haben in einer immer größer werdenden Zahl viele Filipinos ihr Land verlassen, um in den USA und vor allem in den arabischen Ländern des Nahen Ostens Arbeit zu suchen. Darunter sind auch viele Fachkräfte und Intellektuelle, deren Kenntnisse und Fähigkeiten den Philippinen verlorengehen. Auf der anderen Seite stellen die ausländischen Devisen, die über diese Gruppe ins Land kommen, einen nicht zu unterschätzenden Anteil der ausländischen Zahlungsmittel der Philippinen.

Die wirtschaftliche Schwäche der Philippinen wurde durch die politische *Mißwirtschaft der Marcos-Regierung* in vieler Hinsicht verstärkt. Die nach dem Umsturz langsam in ihrer ganzen Größe deutlich werdende Vetternwirtschaft, die vielen Formen der Bestechung und Unterschlagung sowie die Kapitaltransfers ins Ausland haben der philippinischen Volkswirtschaft in einem unglaublichen Maß geschadet. Erleichtert wurden viele dieser Transaktionen durch das traditionelle Gesellschaftssystem der Philippinen. In der Zeit der kolonialen Abhängigkeit verfügten die katholische Kirche und die Orden über große Landdomänen, die später von Großgrundbesitzern übernommen wurden. Die *traditionelle Gesellschaftsstruktur* der Philippinen bestand in dem Loyalitätsverhältnis zwischen Großgrundbesitzern und Pächtern.

Solange der Großgrundbesitzer seine Rolle als Vaterfigur für die von ihm Abhängigen erfüllte und ihnen Auskommen, Schutz und Lebensraum ermöglichte, d. h. seinen Pflichten als „Patron“ nachkam, nahmen sie hin, daß der weitaus größte Teil der Gewinne ihm zukam. Die Rücksichtslosigkeit, mit der der Marcos-Clan und seine Anhänger sich selbst bereicherten, hat zusammen mit der allgemeinen politischen Sensibilisierung des philippinischen Volkes zu einem grundlegenden Bewußtseinswandel geführt und den Ruf nach einer fundamentalen gesellschaftlichen Veränderung über den Kreis der politisch Engagierten und der Angehörigen von schon etablierten Aktionsgruppen hinaus laut werden lassen.

Wandel in der katholischen Kirche

Die Philippinen sind das einzige Land in Asien mit mehrheitlich christlicher Bevölkerung. Mit ihren 85% Anteil an der Bevölkerung stellen die philippinischen Katholiken ein Drittel aller Christen und die Hälfte aller Katholiken in Asien. Schaut man aber nicht auf die großen Zahlen, sondern auf die Organisation, Struktur, Theologie und auf andere institutionelle Einrichtungen, so wird deutlich, daß die katholische Kirche auf den Philippinen im Vergleich mit anderen asiatischen Kirchen eher schwach erscheint. Das kirchliche Personal der indischen Kirche übertrifft das der philippinischen um ein 3-4-faches. Was die Publikation von kirchlichen und theologischen Büchern angeht, liegen die Philippinen hinter Indien, Japan, Indonesien, Korea und Hongkong erst auf dem fünften Platz in Asien.

Die institutionelle und personelle Schwäche der philippinischen Kirche hat mit dem spanischen Erbe zu tun. Wie in Lateinamerika, haben die Spanier eine *Christianisierung* betrieben, die eher in die Breite als in die Tiefe ging. Viele Formen der alten Volksfrömmigkeit der Filipinos vermischten sich mit spanischen Frömmigkeitsübungen, wie die Verehrung des Jesuskindes (Santo Niño), Formen der Marienverehrung (Rosenkranz, U. L. Frau von Pilar etc.) und Heiligenverehrung (Josef, Sebastian). Bis zum Zweiten Vatikanum galt die katholische Kirche auf den Philippinen als eine *konservative Kraft*, die gute Beziehungen zu den Schichten der Reichen und Großgrundbesitzer hatte. Einige Bischöfe, aber vor allem die Männer- und Frauenorden, griffen die Impulse des Konzils auf und arbeiteten für eine Kirche, die sich der Probleme der unteren Schichten annahm, verstärktes soziales Bewußtsein zeigte und sich für die Wahrung der Menschenrechte einsetzte. Die Entscheidung einzelner Diözesen oder Kirchenprovinzen (wie z. B. auf Mindanao) für die *Einführung von christlichen Basisgemeinden* (vgl. HK, September 1984, 424–428) verhalf zu einer weitreichenden Veränderung der philippinischen Kirche. Dies führte zu starken inneren Spannungen in der philippinischen Kirche, es wuchs aber auch das Bewußtsein, daß Kirche in erster Linie Volk Gottes ist, daß die Laien sich beteiligen müssen und können, daß die Kirche auf

seiten der Armen steht und sich für sie einsetzen muß, daß die Kirche als Ortskirche von der Beteiligung möglichst vieler lebt.

In Asien gilt die katholische Kirche der Philippinen inzwischen als sehr engagiert auf dem Sektor des sozialen Apostolats. Das „Büro für menschliche Entwicklung“ (Office for Human Development) innerhalb der Vereinigung Asiatischer Bischofskonferenzen (FABC) befindet sich seit seiner Gründung in Manila und leistet wichtige Arbeit in der Bewußtmachung der sozialen Probleme im asiatischen Raum und in der Bewußtseinsbildung von Bischöfen, Priestern und Laien. Im Zusammenhang mit dem sozialen Apostolat steht auch der *Einsatz für die Wahrung der Menschenrechte* auf den Philippinen durch die Kirche. Die Bischofskonferenz, einzelne Bischöfe, vor allem aber die Aktionsgruppen und Gefangenenhilfsorganisationen, haben in der Zeit des Marcos-Regimes weithin überzeugende Arbeit geleistet.

In der *theologischen Entwicklung in Asien* spielt die philippinische Kirche, gemessen an ihrer zahlenmäßigen Größe, hingegen eine eher bescheidene Rolle. Es bestehen zwar viele theologische Ausbildungsstätten wie Priester- und Ordensseminare und universitäre theologische Einrichtungen, aber es fehlt weitgehend an der Zusammenarbeit der Theologen. Es gibt Versuche, eine eigenständige „Filipino-Theologie“ zu entwickeln. Großen Einfluß haben theologische Ideen der lateinamerikanischen Befreiungstheologie, die wohl nirgendwo sonst in Asien auf einen so fruchtbaren Boden fallen.

Auf theologischen Konferenzen im Rahmen der Vereinigung Asiatischer Bischofskonferenzen (FABC) und der Ökumenischen Vereinigung von Theologen der Dritten Welt (EATWOT) spielen philippinische Theologen wegen der Radikalität ihrer sozialen Forderungen dennoch oft eine herausragende Rolle. Da ihnen oft ein Verständnis für die Besonderheiten der Minderheitensituation der anderen Kirchen in Asien abgeht und sie wenig lebendige Erfahrung mit anderen asiatischen Religionen mitbringen, wirken philippinische Theologen auf asiatischen Konferenzen allerdings oft wie Fremdkörper. In den letzten beiden Jahrzehnten hat die Theologie auf den Philippinen einen deutlich spürbaren Aufschwung genommen. Man wird aber *A. Lambino*, Theologieprofessor an der Jesuitenuniversität von Manila, zustimmen, wenn er von seiner Generation als von „Theologen des Übergangs“ spricht, d. h. von Theologen, die nach neuen Wegen für die theologische Arbeit auf den Philippinen suchen, diese neue philippinische Theologie aber nur in ihren ersten Ansätzen gestalten können.

Unterschätzte Protestanten

Während der Zeit der spanischen Kolonialherrschaft waren die Philippinen für die protestantischen Kirchen ein verschlossenes Land. Dies änderte sich erst, als die USA Ende des 19. Jahrhunderts die Spanier ablösten. Neben

den von vorwiegend amerikanischen Missionaren gegründeten spielen aber zwei eigenständige philippinische Kirchen, die Unabhängige Kirche der Philippinen (gegründet 1902) und die Kirche Christi (Iglesia ni Cristo, gegründet 1914), eine wichtige Rolle. Die Zahl der protestantischen Christen wird mit etwa 7 Millionen angegeben. Da es eine Reihe von Doppelzugehörigkeiten gibt – manche katholische Christen gehen auch zu protestantischen Kirchen –, sind genauere Angaben schwer zu machen.

Zwischen den christlichen Kirchen auf den Philippinen herrscht oft *ein wenig ökumenisches Klima*. Dies hängt mit der aggressiven Proselytenmacherei mancher amerikanischer Sekten zusammen. Es hat aber auch mit der besonderen Situation der katholischen Kirche zu tun. Angesichts des Priestermangels und der riesigen Pfarreien ist eine umfassende pastorale Betreuung aller Katholiken nicht zu leisten. Die protestantischen Kirchen profitieren von dieser Situation, weil viele Katholiken von den Gottesdienstmöglichkeiten, die sie bieten, Gebrauch machen. Seitens der katholischen Kirche wird dann leicht der Vorwurf des „Schafestehlens“ laut, während die Protestanten darauf hinweisen, daß sie nur einer drängenden pastoralen Not nachkommen. Das *ökumenische Klima* leidet unter dieser Situation.

Seit 1963 sind die protestantischen Kirchen in einem *Nationalen Rat der Kirchen* organisiert, der Funktionen der Koordinierung und der Öffentlichkeitsarbeit wahrnimmt. Dieser hat mehrfach gegen Übergriffe der Marcos-Regierung Einspruch erhoben und während und nach dem Wahlkampf 1985/86 Erklärungen abgegeben. Im Vergleich zur großen öffentlichen Wirkung der Erklärungen der katholischen Bischofskonferenz und einzelner Bischöfe sind die Beiträge der protestantischen Kirche bisher nicht hinreichend gewürdigt worden. Während der Jahre des Marcos-Regimes haben protestantische Gruppen großartige Arbeit auf dem sozialen Gebiet, bei der Schaffung von Kooperativen, bei der Bewußtseinsbildung und beim Einsatz für die Menschenrechte geleistet – dies oft zu einem Zeitpunkt, in dem die Mehrheit der katholischen Bischöfe dem Regime gegenüber noch starke Zurückhaltung zeigte. Die wichtigsten Ansätze für eine ökumenische Zusammenarbeit liegen sicher auf diesem Sektor.

Probleme der Muslime und der Stammesbevölkerung

Schon 1380, d. h. mehr als 150 Jahre vor den ersten katholischen Missionaren, kamen die *ersten Muslime* auf die Philippinen. Die Philippinen hätten sich leicht zu einem muslimischen Land wie Indonesien entwickeln können. Als die Spanier ihre Kolonisierung und Christianisierung ab der Mitte des 16. Jahrhunderts begannen, führten sie einen erbitterten Kampf gegen die Muslime, von ihnen diskriminierend „Moros“ genannt. Bis auf Mindanao ge-

lang es den Spaniern, den Einfluß des Islam weitgehend zurückzudrängen. Aus dieser Zeit resultieren Vorurteile, Haß und Auseinandersetzungen zwischen den christlichen und muslimischen Filipinos. Die Versuche der philippinischen Regierung, die ehemals muslimischen Gebiete auf Mindanao mit christlichen Siedlern zu bevölkern, führten in den 60er und 70er Jahren zu einer Verschärfung der Spannungen. Die islamische Renaissance in den arabischen Ländern, im Nahen Osten und in Indonesien stärkte das Selbstbewußtsein der Muslime auch auf den Philippinen. Ansprüche auf politische (relative oder totale) Autonomie werden seit dieser Zeit mit Waffengewalt ausgetragen. Die *MNLF*, die Befreiungsarmee der Muslime unter *Nur Misuari*, versucht, die politischen Ansprüche der 3 Millionen Muslime (ca. 5% der Bevölkerung), die zum größten Teil auf Mindanao leben, militärisch zu vertreten.

Nach dem Machtwechsel hat die neue Präsidentin Gespräche mit den Vertretern der Muslime aufgenommen und sich im Oktober 1986 in Zamboanga mit Nur Misuari getroffen. Den Muslimen soll größere Autonomie in der politischen Selbstverwaltung eingeräumt werden, wenn sie ihrerseits auf die bewaffnete Konfrontation verzichten.

Seit dem Zweiten Vatikanum gibt es auf katholischer Seite verstärkt Bestrebungen, mit den Muslimen ins Gespräch zu kommen. Angesichts der historischen Belastung des gegenseitigen Verhältnisses erwies sich dies nicht gerade als einfach. Das Schwergewicht der Arbeit auf dem Gebiet der christlich-islamischen Verständigung liegt in der Basisarbeit, deren Ziel es sein sollte, die Vorurteile zwischen den Gruppen abzubauen und grundlegende Kenntnisse von der Eigenart der jeweiligen Religion zu vermitteln. In Zamboanga entstand ein Begegnungszentrum „Silsilah“, das durch Gespräche, Publikationen, Schulungen und andere Formen der Begegnung diese Arbeit unter großer christlicher und islamischer Beteiligung aufgegriffen hat. Auf der protestantischen Seite gibt es in Marawi das „Peter-Gowing-Zentrum“, das von dem amerikanischen Missionar gleichen Namens gegründet wurde. Aufgabe dieses Instituts ist es, Voraussetzungen für eine Begegnung zu schaffen, die Geschichte der „Moros“ zu dokumentieren, Schulungen und Seminare durchzuführen.

Etwa 5,5 Millionen Filipinos (10% der Bevölkerung) gehören zur *Stammesbevölkerung*, die, über die vielen Inseln verteilt, in verschiedenen Stammesorganisationen meist in abgelegenen Gebieten und Urwäldern lebt. Seit längerer Zeit sind sie in ihrem physischen Überleben und in ihrer gesellschaftlichen Eigenart und Organisation bedroht. Diese Bedrohung kommt einerseits durch die internationalen Großfirmen, die die Wälder abholzen, auf Stammesgebiet Plantagen anlegen, die Wasserkraft der Flüsse ausnutzen und die Fischmöglichkeiten beschneiden. Da die Stammesgesellschaften den Begriff des Eigentums an Boden nicht kennen, verfügen sie meist über keinerlei Rechtstitel, um sich gegenüber Ansprü-

chen von Firmen, die solche Titel vorweisen, zu behaupten. Beim Kampf zwischen den Regierungstruppen und den meist kommunistischen Rebellen, die die Stammesgebiete zu Kampfzonen machten, sind sie zudem in eine Auseinandersetzung verwickelt worden, bei der sie von jeder der beiden Seiten für die eigenen Zwecke eingespannt und mißbraucht werden. Seit 1978 besteht eine Bischöfliche Kommission für die Stammesbevölkerung. Überdies wurde ein eigener „Sonntag der Stammesbevölkerung“ von der katholischen Bischofskonferenz eingerichtet.

„Februar-Revolution“ oder „Metro-Manila-Ereignisse“?

Als *Ferdinand Marcos* im November 1985 die vorzeitigen Wahlen zur Nationalversammlung ansetzte, hoffte er, angesichts einer gespaltenen Opposition seine Stellung noch einmal retten und legitimieren zu können. Seit der Ermordung von *Benigno Aquino* (21. 8. 83) hatte sich seine Stellung immer mehr verschlechtert. Die Empörung über den Mord und die Verschleierungstaktik der Regierung führten zu einem tiefgehenden Bewußtseinswandel. Noch entscheidender waren die *wirtschaftlichen Schwierigkeiten* und die steigende Verschuldung des Landes. Marcos konnte nicht mehr so viele „Geschenke“ an seine Anhänger verteilen. Zudem war er durch andauernde Erkrankung zusätzlich geschwächt. Die USA, seine stärkste Stütze, waren wegen der vielen Menschenrechtsverletzungen und der Gerüchte über die riesige Selbstbereicherung der Präsidentenfamilie und ihrer Anhänger auch nicht länger bereit, die Marcos-Herrschaft zu verlängern, wenn sich nur eine für sie annehmbare Alternative böte. Diese kam durch die Einigung der oppositionellen politischen Kräfte zustande, als diese – mit Ausnahme der Linken – sich auf *Corazon Aquino* als Präsidentschaftskandidatin verständigen konnten.

Die linken Parteien und die meisten Aktionsgruppen (BAYAN) riefen zum Boykott der Wahl auf, während die katholische Kirche – Kardinal Sin mit Hirtenbriefen und die Bischofskonferenz – auf die Möglichkeiten zu einem grundlegenden Wandel durch die Wahl hinwies. Durch das außergewöhnliche Interesse der ausländischen Medien, den großen persönlichen Einsatz der Mitglieder der *Nationalen Bewegung für Saubere Wahlen (NAMFREL)* und einzelner Mitglieder staatlicher Stellen gelang es Marcos nicht, den Wahlbetrug und die Unregelmäßigkeiten und Fälschungen der Stimmen bei der Wahl und bei der Auszählung nach dem 7. Februar geheimzuhalten. Noch vor der Verkündung des „offiziellen Wahlergebnisses“ am 15. Februar 1986 veröffentlichten die katholischen Bischöfe der Philippinen am 14. Februar ihren Hirtenbrief, mit dem sie die Fälschungen der Regierung anprangerten und daraus die Schlußfolgerung zogen, daß die Regierung damit nicht länger den Gehorsam der Bürger beanspruchen könne. Diese Erklärung der Bischöfe, die trotz des Einspruchs des Vatikans vor

der Bekanntgabe des Wahlergebnisses veröffentlicht wurde, hatte entscheidenden Einfluß auf die nachfolgenden Ereignisse.

Gegen ein Hirtenwort der Bischöfe vor der Veröffentlichung des „amtlichen“ (d.h. von den Vertretern des Marcos-Regimes manipulierten) Wahlergebnisses gab es römische Interventionen. Sie erfolgten durch den Nuntius *Benno Torpigliani* und durch Schreiben des Kardinalstaatssekretärs *Agostino Casaroli*. Die Bischöfe wurden aufgefordert, sich „klug“ zu verhalten und nicht direkt in den Ablauf der politischen Ereignisse einzugreifen. Wie Bischof *Francisco F. Claver SJ* berichtet (The Month, Mai 1986, S. 149–155), wiesen die Bischöfe die römische Ermahnung mit Hinweis auf „Octogesima Adveniens“ zurück, das der Ortskirche die Vollmacht einräume, selbständig zu lokalen politischen Ereignissen Stellung zu nehmen. Die Bischöfe waren sich sehr wohl bewußt, daß sie gar nicht umhin konnten, ein „politisches Signal“ zu geben. Schwiegen sie, gaben sie dem Marcos-Regime ihre Unterstützung und nahmen damit ebenfalls „politischen Einfluß“. Kritisch wurde gegen das Vorgehen der Bischofskonferenz (auch von einigen Bischöfen) angemerkt, daß an der Erklärung der Bischofskonferenz nur 66 von 101 stimmberechtigten Bischöfen mitgewirkt hätten. Die räumlichen Entfernungen innerhalb der Philippinen machten ein vollzähliges Zusammentreffen der Bischofskonferenz unmöglich. Immerhin waren von 72 Diözesen 55 vertreten. Auch gab es einen Beschluß der letzten Bischofskonferenz vor den Februarwahlen, die den Vorsitzenden der Bischofskonferenz, Kardinal *Ricardo J. Vidal*, ermächtigte, wenn die Ereignisse es erfordern sollten, auch mit nur wenigen Bischöfen Erklärungen im Namen der gesamten Bischofskonferenz abzugeben.

Entscheidendes Gewicht des Episkopats

Die Erklärung der Bischofskonferenz, daß die Regierung Marcos durch den Wahlbetrug ihre moralische Legitimation verloren habe und daher nicht länger den Gehorsam der Filipinos verlangen könne, hat zweifellos die nachfolgenden Ereignisse der „Februar-Revolution“ erst möglich gemacht. Der Erfolg des Boykottaufrufs gegenüber den mit Marcos verknüpften Geschäften, Zeitungen und anderen Unternehmen hing nicht zuletzt von der moralischen Rückenstärkung ab, die die Bischöfe mit ihrem klaren Wort gegeben hatten. Die Meuterei des Militärs, des Verteidigungsministers *Juan Ponce Enrile* und des Stabschefs *Fidel Ramos* leitete sicher den militärischen Widerstand gegen Marcos ein, wäre aber ohne die Unterstützung durch die Kirche zum Scheitern verurteilt gewesen. In der *kritischen Phase der ersten Stunden der Meuterei*, als die an der Erhebung beteiligten gerade 200 Offiziere und Soldaten mit dem Angriff von Marcos treuen Truppen rechneten, war es der Aufruf von Kardinal *Jaime L. Sin* über Radio Veritas, der die Bevölkerung

aufforderte, „den Freunden in den Militärcamps“ durch ihre Leiber Schutz zu gewähren. Mit dem Aufruf an die Schwestern der beiden Karmelklöster in Manila, mit Beten und Fasten sich an dieser Aktion zu beteiligen, setzte er auch den Ton für die nachfolgende unblutige Revolution. Das „Wunder von EDSA“ (so benannt nach der Straße in Manila, in der das Verteidigungsministerium liegt) wurde geprägt von der Vielzahl religiöser Symbole, Kreuzen, Rosenkränzen, Figuren U. L. von Lourdes und Fatima, des Jesuskinds (Santo Niño), und den anderen vielfältigen Ausdrucksformen des Glaubens des Volkes. People Power, die knappe Formel, mit der später dieser Ausbruch des Widerstandes, der Hoffnung und des Willens zur politischen Erneuerung bezeichnet wurde, ist ohne die philippinische Volksreligiosität nicht zu verstehen. Der Rausch dieser Tage, diese echte Begeisterung und die Erfahrung der Kraft des einfachen Glaubens ist auch nach Monaten bei den Beteiligten lebendig geblieben. Auch nüchterne Soziologen und erfahrene Theologen zeigten sich betroffen von der *elementaren Macht der religiösen Überzeugung* einer solchen Menschenmenge.

In einem ersten Versuch, die Ereignisse des Februars theologisch zu durchdenken, veranstaltete die Loyola School of Theology, die theologische Hochschule der Jesuiten in Manila, ein Symposium. Der erste Teil dieser mehrtägigen Veranstaltung bestand darin, daß direkt Beteiligte über die Ereignisse erzählten. In direkter Parallele zum Exodus des Volkes Israel wurden die Februar-Ereignisse als die Grundlage einer narrativen Theologie gesehen, die in ihnen die „Hand Gottes“ am Werke sieht. Es wurde ferner festgestellt, es sei eine für Asien sicher einmalige Konstellation, daß auf den Philippinen eine gemeinsame Volksfrömmigkeit die demonstrierenden Menschen auf der einen und die Soldaten in den Panzern auf der anderen Seite verbunden habe. Erst dies habe die Gewaltlosigkeit des Protestes möglich gemacht. Herausgestellt wurde auch die *Autorität der Kirche*, die sich in den Hirtenbriefen der Bischofskonferenz und den Erklärungen von Kardinal Sin erwiesen habe.

Dieser Einfluß der katholischen Kirche in den Ereignissen des Machtwechsels hat auch die *philippinischen Bischöfe* überrascht und nachdenklich gemacht. So haben sich die Bischöfe in der ersten Zeit nach der Machtübernahme von Corazón Aquino mit Erklärungen zurückgehalten. Auf einem Einkehrtag haben sich mehr als 20 von ihnen kritisch mit dem Verhältnis von Staat und Kirche auseinandergesetzt. Bischof Claver hat einige Prinzipien für den Gebrauch der moralischen und religiösen Macht der Kirche zusammengefaßt: Die Kirche muß ihren Einfluß für das Wohl des Volkes durch das Überzeugen mit Argumenten einsetzen. Dabei steht sie immer in der Gefahr, aus falschen Motiven zu handeln und das Prinzip der Subsidiarität zu vergessen. Jetzt, wo das Volk auf den Philippinen sich politisch äußern und betätigen kann, muß sich die Kirche strikt auf ihre kritisch-prophetische Rolle zurücknehmen (Ministry Today 1986, Heft 2, S. 42 ff.).

Die *Linken* und die vielen Aktionsgruppen waren vom Ablauf der Ereignisse am stärksten betroffen. Durch ihren Wahlboykott hatten sie sich selber weitgehend aus dem politischen Spiel genommen. Dem Aufruf der katholischen Bischöfe vor der Wahl, sich an den Wahlen zu beteiligen, hatten sie entgegengehalten, daß der einzige mögliche Ausgang dieser Scheinwahlen nur eine politische Stärkung des Marcos-Regimes sein könne. Die nachfolgenden Ereignisse verliefen dann so ganz entgegen ihren (ideologischen) Erwartungen. Sie fühlten sich um „ihren Sieg“ gebracht, für den sie so lange gekämpft hatten und der jetzt den „Falschen“ zufiel. Sie bemühten sich, das „Wunder von EDSA“ auf das zurückzustützen, was es – nicht nur in ihren Augen – war: Ein Machtwechsel innerhalb derselben politischen Führungsgruppe. Die nachfolgenden Ereignisse gaben ihnen in ihrer Argumentation wohl insofern recht, als ein wirklicher struktureller Wandel mit einer Neuverteilung der Macht- und Besitzverhältnisse durch die Februar-Revolution noch nicht eingeleitet wurde. Auf den anderen Inseln – Negros und Mindanao z. B. – wird denn auch eher von den „Metro-Manila-Ereignissen“ statt von einer „Revolution“ gesprochen, um den eher regionalen Charakter des Umbruchs deutlich zu machen.

Erste Schritte zu einem strukturellen Wandel?

Es ist aber nicht nur die Linke, die in den Ereignissen vom Februar lediglich einen ersten Schritt zu einer weiterführenden Entwicklung sieht. Die Regierung Aquino hat sich die Aufgabe gestellt, einen echten Neuanfang mit strukturellen Veränderungen zu bewirken. Die ersten Monate unter der neuen Koalition sind nicht gerade ermutigend gewesen. Aber immerhin hat die verfassunggebende Versammlung getagt und einen Verfassungsentwurf zusammengestellt, der grundlegende Änderungen ermöglichen könnte, wenn aufgrund der Verfassungsbestimmungen entsprechende gesetzliche Beschlüsse in die Tat umgesetzt werden.

Anfang 1987 soll über den Verfassungsentwurf abgestimmt und die beiden Kammern gewählt werden. Corazón Aquino und ihr Vizepräsident *Salvador Laurel* sollen dagegen ohne weitere Bestätigung im Amt bleiben können. Viel von der Begeisterung der ersten Zeit nach dem Sturz des Diktators ist in den nachfolgenden Monaten über der Auseinandersetzung im Kabinett, über den Putschgerüchten und Putschversuchen, in die stets der Ende November entmachtete *Juan Ponce Enrile* verwickelt schien – merklich abgeebbt. Doch man darf nicht übersehen, daß sich auf nationaler Ebene doch schon ein *tiefgreifender Wandel* ereignet hat. Die Filipinos erlebten seit langer Zeit zum erstenmal etwas, auf das sie in ihrer Mehrheit politisch stolz sein konnten. Psychologisch bedeutete der Sturz des Marcos-Regimes auf jeden Fall eine Befreiung. Die Maßnahmen der Regierung, wie die Amnestie politischer Gefangener und die Einführung der

Pressefreiheit, haben die allgemeine Situation positiv verändert. Politische Gewalttaten und Menschenrechtsverletzungen haben sich trotz der ernstgemeinten Absicht, zumindest der Präsidentin Aquino, nicht verhindern lassen; sie sind aber weniger geworden. Der Druck des Militärs und die Uneinigkeit unter den linken politischen Gruppen haben die Bemühungen um nationale Versöhnung zwischen den kämpfenden Gruppen weitgehend scheitern lassen. Der Ende November geschlossene Waffenstillstand mit den Rebellen bedeutet einstweilen nicht mehr als eine Atempause für beide.

Die Zukunft der gegenwärtigen Regierung hängt davon ab, inwieweit es ihr gelingt, dem ersten Schritt des politischen Wandels echte Schritte auf einen gesellschaftlichen Wandel hin folgen zu lassen. Angesichts der Zusammenstellung der Regierungskoalition fällt es schwer, auch nur gedämpft optimistisch zu sein, daß dies gelingen könnte.

Auf der anderen Seite steht die *veränderte Bewußtseinslage* in großen Teilen der Bevölkerung, die es auch den Militärs nicht zu leicht machen dürfte, die Macht zu ergreifen. Auch die Popularität von Präsidentin Corazón Aquino, deren Integrität von keiner Seite angezweifelt wird, stellt einen wichtigen Faktor dar. Allerdings ist die Macht der Präsidentin bisher durch keine eigene Hausmacht abgesichert. Es ist fraglich, ob sich aus der losen politischen Gruppierung unter der Bezeichnung CAPP (Cory Aquino's People Power) eine politische Partei entwickeln wird.

Die *drängenden Aufgaben der Strukturreform* umfassen eine Neuverteilung der Besitzverhältnisse, eine Landreform und eine Vielzahl von Neuerungen, die die Chancen der Armen und Entrechteten verbessern. An der Februar-Revolution waren die mittleren und reichen Schichten zahlreicher vertreten als die Tagelöhner und Jeepney-Fahrer von Manila. Sie haben sich mit ihrer Person und ihrem Reichtum für einen politischen Wandel engagiert. Die Frage bleibt, ob sie bereit sind, zugunsten der ärmeren Schichten auf Dauer auf einen Teil ihres Reichtums und Einflusses zu verzichten.

Ein Blick in die Geschichte anderer Revolutionen mahnt eher zur Vorsicht. Es hat sich oft gezeigt, daß nach dem politischen Umsturz die gemäßigten Kräfte die Macht übernahmen, sich aber angesichts der anstehenden strukturellen Änderungen zerstritten haben und das Feld den radikalen Kräften überlassen mußten. Für einen positiven Ausgang der Entwicklung auf den Philippinen spricht, daß sich in den Februarereignissen Eigenschaften des philippinischen Volkes gezeigt haben, die zur Hoffnung Anlaß geben. Zu nennen wären die Übereinstimmung in einer Reihe traditioneller Werte wie Solidarität, Gewaltlosigkeit und Achtung der menschlichen Person. Die entscheidende Frage bleibt, ob es gelingen wird, eine philippinische Gesellschaft aufzubauen, in der es sich wieder „lohnt“, den Werten der Solidarität entsprechend zu leben, und in der das gegenteilige Verhalten nicht länger honoriert wird.

Georg Even